

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Initiative für eine betriebliche Qualifikationsoffensive**

Die Situation am Arbeitsmarkt erscheint paradox: Während einerseits die Arbeitslosenquote im Land Bremen, insbesondere in Bremerhaven, überdurchschnittlich hoch ist und sich die Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt, gibt es in einigen Branchen einen deutlichen Fachkräftemangel. Viele Unternehmen beklagen bei Bewerbern/-innen ein insgesamt zu niedriges Qualifikationsniveau und das Fehlen spezifischen Fachwissens. Bewerber/-innen ohne und mit geringer formaler Qualifikation werden von der Wirtschaft oft gar nicht akzeptiert. Dennoch verstärkte bislang nur eine Minderheit der Betriebe das eigene Ausbildungsengagement. Innerbetriebliche, berufs begleitende Qualifizierungsangebote sind noch immer keinesfalls selbstverständlich.

Zugleich orientierte sich die Arbeitsmarktpolitik des Landes Bremen zunehmend an erwarteten Qualifikationsbedarfen. Die gezielte Ausbildung von Fachkräften für die Hafen- und Logistikwirtschaft oder die Windenergiebranche sind Beispiele hierfür. In der Krise hat sich jedoch auch gezeigt, wie schnell Bedarfsprognosen und Anforderungsprofile der Wirtschaft sich verändern können. Es muss darum mehr noch als bisher darum gehen, jungen Menschen und Arbeitslosen eine breite Grundqualifikation mit formalen, anerkannten Abschlüssen zu ermöglichen, die sich als tragfähige Basis für verschiedene betriebsspezifische Qualifikationen eignen.

Parallel zur Notwendigkeit lebenslangen Lernens, der sich Arbeitnehmer/-innen zunehmend stellen müssen, müssen viele Unternehmen künftig deutlich mehr Verantwortung für die Deckung des eigenen Fachkräftebedarfs übernehmen. Wer qualifizierte Beschäftigte benötigt, muss bereit sein, Berufsausbildung und betriebliche Fortbildung – gegebenenfalls einschließlich akademischer Angebote und Abschlüsse – für Belegschaft und Bewerber/-innen anzubieten. Dies gilt besonders für die Ausbildung von Technikern, Ingenieuren und anderem technischen Fachpersonal.

Zugleich müssen sich vor allem Branchen, in denen bislang nur wenige weibliche Fachkräfte arbeiten, um mehr Attraktivität für qualifizierte Frauen bemühen und ihre Vorbehalte gegen deren Beschäftigung aufgeben. Auch öffentlich geförderte Aus- und Weiterbildung sowie die Wirtschaftsförderung müssen nachdrücklicher als bislang darauf zielen, die Beschäftigungschancen von Frauen in zukunftsträchtigen Wirtschaftszweigen mit durchweg guten Arbeitsbedingungen und auskömmlichen Einkommen zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, auf Basis einer branchen-, qualifikations- und geschlechterbezogenen Abschätzung des künftigen Fachkräftebedarfs in Bremen und Bremerhaven die Strategie für eine Qualifikationsoffensive zur Deckung dieses Bedarfs zu entwickeln. Dabei soll neben den Möglichkeiten und Grenzen öffentlichen Engagements insbesondere berücksichtigt werden, wie und in welchem Umfang die Wirtschaft ihrer Eigenverantwortung zur Deckung des Fachkräftemangels gerecht werden kann bzw. muss.
2. Der Senat wird gebeten die Sozialpartner nach dem Vorbild der „Bremer Vereinbarungen“ zu einem von Arbeitnehmern/-innen, Arbeitgebern/-innen und

Politik gemeinsam getragenen „Bündnis für Fachkräfte“ einzuladen. Aufgabe dieses Bündnisses soll es sein, auf eine deutliche Ausweitung betrieblicher Qualifikationsangebote für Beschäftigte und Bewerber/-innen hinzuwirken.

Helga Ziegert,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Silvia Schön,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen